

Gesellschaft für Politik,
Gesellschaften, Geschäftsviertel,
Wissenschaftliche, Konservativen,
Republikanische, sozialistische
Parteien, usw. im Rahmen
der verschiedenen Organisationen.
Vereinigung der Konservativen
Dresden, 11. Februar 1895.
Die Konservativen
(sozialistische) Gruppe ist die, die
nur noch bestehen zu können
wollen. Sie sind einigermaßen
auf der Basis einer sozialen
Basis aufgebaut.
Rundschau nur gegen
Konservativen, sozialistischen
Gruppen und demokratischen
Gruppen, die nicht mit dem
sozialistischen Konservativen
verbunden sind.
Sozialistische Gruppen sind es
nicht, die keine Verbündeten
haben.

Dresdner Nachrichten

Confirmanden-Anzüge von 15 M. an
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

40. Jahrgang.

Dresden, 1895.

1. Tapeten.

Specialgeschäft Dresdens

F. Schade & Co.

Victoriastrasse 2.

Telephon I, Nr. 488.

Dresden, 5 Seestrasse 5. — Berlin. — Hamburg.
Breslau. — Leipzig. — München.

Stromm, sorgfältig, schnell und billig.

Dr. J. Neumann & Co.

Patente

Herren-Garderobe-
Maassgeschäft

Carl Knoblauch

Fr. 59. Spiegel: Haltung des Centrums. Umsturzvorlage. Kaufmannschaft, Gewerbeverein in Romana. Dresdner Männergefangenverein. Dresdner Kunstabteilung.

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichnetem Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, bei den R. K. Postamtern in Österreich-Ungarn zu 95 Kreuzern und bei den Postanstalten im Weltpostverein mit entsprechendem Postzuschlag, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten,
Marienstrasse 38 (Erdgeschoss).

Politisch.

Träger und zügig schlägt sich seit dem Kanzlerwechsel die innere Politik dahin. Die Schuld liegt nicht an den neuen Männern, vielmehr an dem von Jahr zu Jahr schwieriger arbeitenden parlamentarischen Apparat, der nur noch mühsam weiter klappt. Geredet wird im Reichstage unsinnig viel, vor leeren Bänken; um so weniger wird gehandelt. Das einzige positive Ergebnis der bisherigen dreimonatlichen parlamentarischen Campagne im Reiche ist die berglich geringfügige Abänderung der Geschäftsordnung der deutschen Volksvertretung, und wie viel Mühe hat es gekostet, um eine Verklärung der Disziplinenregelung des Präsidenten durchzuziehen! Alle gelehrtlichen Arbeiten liegen dagegen noch völlig im nebelgrauen Dunkel. Niemand vermag heute vorauszusagen, in welcher Gestalt die größeren Regierungsvorlagen zu ihrer Vorberathung eingelegten Ausschüsse verlassen werden, ob ihnen dort der Lebensaden durchschnitten wird oder ob sie zu weiterem Dasein bechieden sind. Die meisten Aussichten scheint die Bionazismus zu haben, während für die Entscheidung über die Umlaufzettel und das Tabaksteuergebot kein sicherer Anhalt gegeben ist. Nicht minder ungewiss ist das Schicksal der Justiznovelle; man weiß nicht einmal, ob der allseitig gehetzte Bunsch im Erfüllung gehen wird, wenigstens denjenigen Theil, der sich auf die Entschädigung unschuldig Vermutheiter bezieht, zu retten.

Die Ungewissheit, wie sich die innere Politik entwickeln wird, ist eine Folge der noch unentschiedenen Haltung, die das Centrum zu allen schwierigen Fragen einnimmt. Diese Partei ist der ausschlaggebende Faktor im Reichstage, aber dieselbe löst sich vor der Hand nicht in Rechnung bringen, weil heute wohl Niemand, selbst sein ultramontaner Führer, angeben kann, ob das Centrum nach der positiven oder nach der negativen Seite die Entscheidung herbeiführen wird. Das Centrum steht vor der wichtigen Frage, ob es sich an den gelehrtlichen Arbeiten fernzuhalten im positiven Sinne befreihen will oder nicht. Von der Beantwortung dieser Frage dürfte die Zukunft der Partei abhängen; im vereinenden Zalle wird sie allmählich unter dem Einflusse der Zusangel und Contraten zu einer Siedlung der radikalen Demokratie herab sinken. Angenommen ist die endgültige Stellung des Centrums noch durchaus unscharf, und offenbar kämpfen die Gegenseite vielfach wider einander an. Die schwer miteinander zu vereinigenden politischen Widersprüche, die in der ultramontanen Partei seit ihrer bestanden haben, sind auch neuerdings wieder, wie bei der Militärzettel und den Handelsverträgen, zu Tage getreten. Die Spaltung, die sich seit dem Tode Windthorst's fühlbar macht, die mehrfach an die Oberfläche getretene Trennung in eine aristokratische, regierungsfreundliche und in eine demokratisch-oppositionelle Fraktion, läßt sich um so schwieriger verleisten, als es an einem Alleinherrschertum im großen Stile der schwarzen Perle von Meyßen, an dessen Vor die Parteigänger mit Bewunderung und Ergebung und die Gegner mit Interesse hingen, fehlt. Nicht nur die Zeit des Bickredens, sondern auch der Weltherrschaft ist in den Reihen der deutschen Ultramontanen angebrochen. Aber schon der alte Homer hat behauptet, daß Weltherrschaft nicht kommt. Ein recht lautes Völker würde über die Füße des kleinen Windthorst gleiten, wenn er die rivalisierende Schule seiner Nachfolger überblicken könnte. Keiner der heutigen Centrumspatrönen ist es gelungen, auch nur annähernd den Einstieg zu gewinnen, den jener unerschöpfliche parlamentarische Faktor unbedritten befehlte. Nacheinander sind der vornehmste Faktor Bischöflichkeit und der gewandte Führer d. K. verbraucht worden; der kluge Dr. Vorlich, angeblich der Lieblingsschüler Windthorst's, hat sich verfluchtigt. Führer v. Schlesmer-Alst hat wohl niemals den Erfolg gehabt, eine herkömmliche Führerschule innerhalb seiner Partei zu erringen. Ebenso wenig wie der westfälische Bismarck hat es aber dessen bisheriger Gegenübler Dr. Lieber mit seinen Eierkünsten von rechts nach links und von links nach rechts vermocht, die unumstößliche Parteileitung an sich zu reißen. Neuerdings scheint bei Dr. Lieber die Neigung zu überwiegen, zwischen dem rechten und dem linken Flügel zu vermitteln, um der Regierung entgegenzukommen, während die Führung der mehr oppositionell gerichteten Elementen dem Römer Dr. Bachem zugeschrieben wird. Der marine-freundlichen Schlußfolgerung des Dr. Lieber war es zu verdanken, daß in der Budgetkommission die Forderungen der Regierung für neue Kreuzer kommt und fenders bewilligt werden sind. Offenbar liegt dem Centrumsdemokraten und Aufzweichen daran, sich die Gunst der Regierung zu bewahren; sein Entgegenkommen könnte er nicht besser an den Tag legen, als bei den Marineforderungen, für die Kaiser Wilhelm selbst mit lebhaftestem Eifer eingetreten ist.

Allm. Anschein nach ist somit in den führenden Kreisen des Centrums das Betreiben vorhanden, sich mit der Regierung über die schwierigen Tagessorgen zu verständigen und aus einer unfruchtbaren Oppositionstellung herauszukommen. Es liegt dies

früher
Zuschneider
der Firma
Schröder & Sohn

empfiehlt Saison-Neuheiten in- und ausländischer Stoffe.

Specialität: Talare und Barets für Pastoren und Juristen.

Waisenhausstrasse 38
(zunächst dem Georgplatz).

Donnerstag, 28. Februar.



Niedenfahr
Dresden, Wallstr. 14.
Hauptniederlage
der Nähmaschinen- u.
Fahrrader-Fabrik vorm.
Seidel & Naumann,
Dresden.

Schwarze Spitzenaufsätze
Morgenhauben, Schleifen, Spitzenkragen,
Jabots in reicher Auswahl.

Hermann Arndt.
Magazin für Wäsche- und Weisswaren,
Bautznerstrasse 16.

im eigenen Interesse der liberalen Partei, deren Programm sie auf die Belästigung der atheistisch-revolutionären Propaganda hinweist. Die Centrumspartei würde eine sehr schwere Verantwortung auf sich laden, wenn an ihrem Widerstande die Umsturzvorlage und die Reichstagsauflösung scheitern würden. Es ist daher nicht anzunehmen, daß der vielbehauptete, von dem Centrummitgliede Mintelen gestellte Abänderungsantrag zu § 130 des Strafgesetzbuches ernsthaft geweckt ist. Die Regierungsvorlage wollte mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren jedenjungen bestrafen, welcher in einer den Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beispielhafte Äußerungen öffentlich angreift. Der Antrag Mintelen's eliminiert die Angriffe auf das Eigentum vollständig, verlangt aber im Übrigen, daß mit der erwähnten Strafe bedroht wird, „wer öffentlich oder vor Menschen oder durch Druck, Schrift oder Bild das Thesen Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder læuft“. Durch diese Abänderung wurde die Endenz der ganzen Vorlage, die doch ausdrücklich die auf den gewaltthaften Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen treffen will, verhoben werden. Nur eine Annahme des Mintelen'schen Antrages im Reichstage ist nicht zu rechnen; würde also das Centrum auch in letzter Instanz davon festhalten, so würde die Vorlage leicht unannehmbar werden, da auch die verbündeten Regierungen schwierlich die Zustimmung zu der liberalen Fassung des § 130 geben würden. Sicher sein Umsturzgebet, meint die offizielle „Leipz. Zeit.“, als ein solches mit der Zustimmung, die ich das Centrum daran vorzuhaben habe, im Bereich ist. Allerdings wäre es besser, auf den Entwurf zur Belästigung des Umsturzes ganz zu verzichten, wenn man ihn den genannten Centrumswillen nicht durchdringen kann. Man würde dann entweder, wie Fürst Bismarck angekündigt hat, zu einem Ausnahmefall zurückkommen oder sich enttäuschen müssen, wie die „Leipz. Zeit.“ verfügt, zu einer kontraintuitiven und strengeren Handhabung der bereits bestehenden Gesetze überzugehen.

Es ist indefs kaum zu befürchten, daß das Centrum den Antrag Mintelen's als die unerlässliche Bedingung für seine endgültige Annahme der Umlaufzettel ansieht. Vielleicht haben diejenigen nicht Unrecht, welche der Ansicht sind, die liberale Partei wolle sich mit dem Antrag ein Tauschobjekt für gewisse Fällen bereit halten. Denn von der ultimataen Geschäftsvorlage ist nicht zu erwarten, daß das Centrum nicht wenigstens den Versuch unternimmt, sich sein Entgegenkommen und seine Mithilfe an den vorliegenden geistigen Arbeiten durch Gegenleistungen auf dem Gebiete der Reichspolitik beizubringen zu lassen. Grundätzlich wird man der d.-ut.-ds.-Politik innerhalb gewisser Grenzen die Berechtigung nicht versagen dürfen. Die inner-politische Entwicklung in den konstitutionellen Ständen geht im wesentlichen aus einer Reihe von Concessions und Compromissen hervor, ohne welche die Regierung und die einzelnen politisch gerichteten Parteien in den großen politischen Fragen seien zu einer Vereinigung gelangen könnten. Vom Standpunkt der Realpolitik wird sich daher nichts dagegen einwinden lassen, wenn sich die Regierung bereit zeigt, für die Leistung, die ihr vom Centrum geboten wird, Angebotskasse finanzpolitischer Natur zu gewöhnen. Aber sonstige Gelegenheiten dürfen niemals so weit gehen, daß dadurch die staatliche Autorität, der nationale Gedanke und der konstitutionelle Frieden gefährdet werden. Die Anerkennung des Ministranten wird daher z. B. nicht zugestanden werden dürfen. Die Umlaufzettel belasten keinen Berath, den sie selbst um die Preisgabe des Zeitungsgesches zu erkaufen wäre.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. Februar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagessitzung steht zunächst 3. Beratung der Anträge auf Aufhebung des Toleranz-Paragraphen in Elbg.-Volzinger. — Abg. Pötzl (Gr.). In dem ganzen Haute hat auch nicht ein einziges Mitglied ein Wort für den Toleranz-Paragraphen eingelegt; damit ist demselben das Urteil geworden. Wie verlangen nur gleiches Recht für Alle. Wenn ich nunlich Elbg.-Volzinger mit einem Hund vergleich, der an der Kette liegt, so habe ich natürlich meine Heimoth nicht herabholen wollen. — Die Anträge werden unter großer Heiterkeit des Hauses, die insgesamt nur etwa 30 Abgeordnete anwesend sind, angenommen. — Dann wird die Beratung des Antrags Dr. Oehne auf die Verhinderung eines Gewebsentwurfs befreit. Bevor der Eintritt in Vorlesung eines Gewebsentwurfs besteht der Eintritt in Vorlesung eines Gewebsentwurfs bestreitet. Bei Beratung des Antrags v. Hammerstein nimmt das Wort Abg. Jacobsohn (Gr.). Anschließend nicht mit der Beratung des Antrags Liebermann v. Sonnenstein betreut, betreut die Einwanderung ausländischer Juden. Nach diesem Antrag sollen auch engländische Juden, die sich damals in Deutschland niedergelassen haben, ohne ein selbständiges Gewerbe zu betreiben, ausgewiesen werden, die Errichtung der Staatsangehörigkeit für ausländische Juden unterdrückt und die Bequemlichkeit der Einwanderung fremder Juden mit 50 bis 1000 M. Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden. — Für den Antrag v. Hammerstein nimmt das Wort Abg. Jacobsohn (Gr.). Bei Beratung der Handelsbeschwerde hat Graf Gropius (Gr.) geweckt; Einwohner Worte exportieren oder Menschen exportieren. — Aber unser Volkseben ein so wenig gewusst, daß wir nötigenfalls mit Auswanderungen zu rechnen haben, dann dürfen wir auch die Einwanderung nicht wider, am allgemeinsten die Einwanderung von Personen, welche einen ungünstigen Einfluß auf unser Volkseben ausüben. Unter Mittelstand fliegt außerdem über internationale Konkurrenz und davon kommt „...“ auf das Konto der Juden. Wenn ich über den Handelshandel gestellt wird, so richten sich die größten Klagen gegen den Handelshandel der Juden, ebenso liegt die Sache beim Rautenkirchwindel, heißt es doch da: Hat er einmal Kleid gemacht, so ist er kein, hat er zweimal Kleid gemacht, so ist er hoch. Wenn haben sie bei den Handelshandlungen schon einmal einen Rücksprung gefunden? Ich nicht! Und wie verstehen sie sich auf das Rautenkirchwindel? Hat doch ein solcher — nun ich will nichts sagen, welchen Ausdruck ich möchtet möchte — sogar das Unglück der Elbe zu einer Rautenkirchwindel. Und wie schreibt die jüdische Presse über unsere heiligen Güter? Wir glauben jedenfalls unserem Vaterlande zu müssen, wenn wir es vor einer solchen Einwanderung schützen. Dabei wird man wegen Bekämpfung verurtheilt, wenn man einen Juden nennt. Wenn man mich einen Deutschen, einen Christen, einen Handelsvertreter, einen Schneider nennt, so empfand ich das nicht als Bekämpfung, denn das bin ich. Ein Jude aber wird bekämpft, wenn man ihn einen Juden nennt, obgleich man ihm damit Alles sagt, was er ist. Rasse, Religion, Gewerbe und Gewinnung. Die Juden sollten sich doch einmal überlegen, ob sie nicht selber schuld sind an der Abneigung, die sie gegenüber haben. Wenn wir an den Juden, die wir mir einmal im Lande haben, eine Kulturarbeit verrichten und sie zu Deutschen machen, so haben wir deren gerade genug. Die Juden werden selbst froh sein, wenn wir sie vor dem Zug der Brüder in Galizien und sonstwoher schützen. Am unteren Ende unseres Deutschtums, unteres Churhamburg nehmen Sie unseren Antrag zu Beistall rechts. — Abg. Bindewald (Antr.) befürwortet den Antrag Liebermann's v. Sonnenberg. Wie die Juden bei uns in Deinen gehabt haben, ist eine Sünde und Schande. Wir haben allen Antrag, dieses freie soziale Paritätische Volk anzuschließen. Täfelbe kommt zu und an Stelle unserer deutschen verhafteten Bevölkerung, die gewünscht ist, nach Amerika und Australien auszuwandern. Auch die bei uns auf dem Lande an den Bauern reich gewordenden Juden stellen damit ihre unheilvolle Tätigkeit nicht ein, sie gehen dann in die Stadt und ruiniern dort den Mittelstand, den Handelsvertreter. Erst muß dieses Volk mit Zubillnahme des sozialen Rechts unserer Bauern stand und dann schändet es den Handelsvertreter auch. Unter Fleisch und Blut ist es, welches in diesem niedertadeligen Volk zu Grunde geht, unter Töchter sind es (Laden links). Wenn Sie noch irgendwelches Gerücht hätten, kommen Sie darüber nicht los. Unsere deutschen Wädchen bringt dieses parasitische Volk in Pustebauer bis nach Konstantinopel. Unsere Sittlichkeit wäre nicht so weit gewunken, die Sittlichkeit verhindern hätten nicht so genommen, wenn nicht auch in unserer Presse ein so großer Proletariat Juden wäre. Weder ernährt noch den Arbeiterschöpfer, den Juden Manche, die Verteiljuden, die das Brot teuer machen. Den Arbeitslosen und dem F. Koller fordert er auf, über die Erleichterungen zu berichten, die sie über den jüdischen Schieber in Volzinger gemacht hätten. (Deiterlein.) Es erinnert mich

Photographie-Atelier „Adèle“
Garniert
kunstliche Ausbildung von Porträts, Gruppen
II. Klasse
Fotosemperie „Panta II.“, Porzellanfabrik (Wohl.)